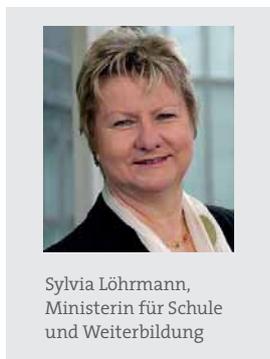


EINE KULTUR DES KONSTRUKTIVEN DISKURSES

Sechs Jahre Bildungskonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen – eine Bilanz



Sylvia Löhrmann,
Ministerin für Schule
und Weiterbildung

»Zusammen Schule machen für Nordrhein-Westfalen« ist der Titel und gleichzeitig der Leitgedanke der Empfehlungen der Bildungskonferenz des Landes Nordrhein-Westfalen. In diesem gemeinsam verantworteten Verantwortungsbewusstsein trafen sich im Rahmen der Bildungskonferenz

des Landes Nordrhein-Westfalen am 9. Dezember 2016 Vertreterinnen und Vertreter aus über 50 Verbänden, Institutionen und den im Landtag vertretenen Parteien.

Zu der Bildungskonferenz hatten Ministerpräsidentin Hannelore Kraft und ich im September 2010 zum ersten Mal eingeladen, um gemeinsame Leitideen für die Weiterentwicklung unseres Schulsystems in Nordrhein-Westfalen zu erarbeiten. Der Auftakt für eine unvergleichliche Erfolgsgeschichte!

Nach Paragraph 77, Absatz 3 des Schulgesetzes in Nordrhein-Westfalen sind in schulischen Angelegenheiten von allgemeiner und grundsätzlicher Bedeutung die am Schulleben beteiligten Verbände und Organisationen zu beteiligen. Diese Beteiligung sollte eine über diese gesetzlichen Vorgaben hinaus reichende diskursive Plattform erhalten, damit gesetzgeberische Initiativen auf einem belastbaren und breit mitgetragenen Fundament würden aufsetzen können.

Bereits in der ersten Sitzung wurde das gemeinsam getragene Kernanliegen aller Beteiligten deutlich: Auf Basis eines ganzheitlichen Bildungsverständnisses war das Leitziel einer bestmöglichen individuellen Förderung von Kindern und Jugendlichen zu verfolgen, um der Vielfalt der Schülerinnen und Schüler mit ihren Talenten und Begabungen gerecht zu werden. Es herrschte in der Bildungskonferenz Einigkeit, dass die Empfehlungen dazu dienen sollten, die Bildungschancen junger Men-

schen weiter zu verbessern, die Leistungsfähigkeit des Schulsystems weiter zu steigern und ein wohnortnahes Schulangebot weiterhin aufrechtzuerhalten.

Aus der Vielzahl der Themen leiteten sich fünf Schwerpunkte ab, zu denen gearbeitet werden sollte:

- > »Individuelle Förderung: von der Qualitätsanalyse bis zur systematischen Unterrichtsentwicklung und Lehrerfortbildung«
- > »Übergänge gestalten – Anschlüsse sichern«
- > »Ganztag weiterentwickeln«
- > »Eigenverantwortliche Schulen in Regionalen Bildungsnetzwerken«
- > »Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels«

Über 120 Vertreterinnen und Vertreter aus rund 50 Verbänden und Institutionen – Lehrerinnen und Lehrer, Eltern, Schülerinnen und Schüler, Schulleitungen, Kommunen, Kirchen, Jugendhilfe, Weiterbildung, Integration, Wohlfahrtspflege, Arbeitnehmer- und Arbeitgeberverbände, Handwerk, Wirtschaft und fast allen der im Landtag vertretenen Parteien – haben in fünf parallel arbeitenden Arbeitsgruppen Analysen und Empfehlungen erarbeitet und diese in der Bildungskonferenz zur Diskussion gestellt.

42 formulierte Empfehlungen – inklusive einzelner Sondervoten – wurden schließlich am 20. Mai 2011 konsensual verabschiedet und an den Landtag und die Landesregierung überreicht.

Mit den Empfehlungen zum Thema »Schulstruktur in Zeiten demografischen Wandels« hat die Bildungskonferenz Schulgeschichte geschrieben.

Im Nachgang zur Arbeit der Bildungskonferenz haben die Fraktionen von CDU, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN am 19. Juli 2011 mit dem historischen Schulkonsens den über Jahrzehnte dauernden ideologischen Streit um die Schulstruktur beendet. Sie waren sich einig, die individuelle Förderung als pädagogisches Grundprinzip im Unterricht systematisch zu verankern. Dieser Schulkon-

sens gilt bis 2023. So lange sollte keine der drei Parteien ohne Einvernehmen mit den anderen die Rahmenseetzungen zur Schulstruktur verändern.

Mit dem Gesetz zur Weiterentwicklung der Schulstruktur in Nordrhein-Westfalen vom 25. Oktober 2011 und dem Gesetz zur Sicherung eines qualitativ hochwertigen und wohnungsnahen Grundschulangebots in Nordrhein-Westfalen vom 13. November 2012 wurde der gesetzliche Rahmen für die Umsetzung des Schulkonsenses geschaffen.

Die Schulträger haben die neuen Möglichkeiten vielerorts genutzt und nutzen sie auch weiterhin. Eine Vielzahl neuer Schulen des längeren gemeinsamen Lernens sind errichtet worden. Die Sekundarschule hat sich vorrangig im ländlichen Raum etabliert, wo sie einen wichtigen Beitrag zur Sicherung des örtlichen Schulangebotes leistet.

Mir ist bewusst, dass diese dynamischen Entwicklungen allen Beteiligten in der Schulaufsicht, in den Kommunen, in den Schulen und in den Hauptpersonalräten einen hohen Einsatz abverlangt haben. Das hat die Bildungskonferenz deutlich gemacht und auch auf Problemstellungen hingewiesen. Diese haben wir aufgegriffen und im Jahr 2014 erneut zu einer Arbeitsgruppe »Schulstruktur« eingeladen. Zwei Kernthemen waren die »Kontinuität von Bildungsverläufen« und die »Sicherung des regionalen Bildungsangebotes«. In der Folge wurden auch rechtliche Anpassungen vorgenommen.

Systematische Verankerung der individuellen Förderung als pädagogisches Grundprinzip im Unterricht erfordert systematische Unterstützung von Lehrerinnen und Lehrern, Schulleitungen und Eltern.

Eine der ersten Maßnahmen war die Entwicklung einer umfassenden Fortbildungsinitiative. Ziel der Fortbildungsinitiative NRW ist es, über die Weiterqualifizierung der Lehrkräfte und der Schulleitungen die Unterrichtsentwicklung in den Mittelpunkt der Schulentwicklung zu stellen.

Ein anderes wichtiges Aufgabenfeld ist die Weiterentwicklung der Elternarbeit hin zu einer Erziehungspartnerschaft zwischen Schule und Eltern. In Kooperation mit der Serviceagentur »Ganztätig lernen« (SAG) und der Landesweiten Koordinierungsstelle Kommunale Integrationszentren fördert das Ministerium für Schule und Weiterbildung entsprechende Materialien und Beratungsangebote.

Orientiert an den Empfehlungen der Bildungskonferenz ist die Neuausrichtung der Qualitätsanalyse seit dem Schuljahr 2015/16 landesweit umgesetzt. Ziel der externen Evaluation ist es, die Schulen in ihrer Schul- und Unterrichtsentwicklung zu unterstützen.

Das »Denken von der Schule aus« ist für das Verfahren der Qualitätsanalyse grundlegend.

Darüber hinaus hat die Bildungskonferenz den Aufbau eines Landesinstitutes empfohlen, das inzwischen gegründet und sukzessiv aufgebaut worden ist. Als Serviceagentur für die Schulen verfolgt die Qualitäts- und UnterstützungsAgentur – Landesinstitut für Schule (QUA-LiS) auch den Anspruch, Schulen in ihrem Weiterentwicklungsprozess zu unterstützen. QUA-LiS ist schon jetzt für Nordrhein-Westfalen ein bundesweit wirkendes Aushängeschild.

Schulen werden mehr und mehr zum Lern- und Lebensraum. Dazu trägt der Ganzttag entscheidend bei.



Karl-Josef Laumann (CDU), Sylvia Löhrmann (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN), Norbert Röttgen (CDU) und Hannelore Kraft (SPD) bei der Pressekonferenz zum Schulkonsens am 19. Juli 2011; Foto: Staatskanzlei NRW/Wilfried Meyer

Der Ganzttag bietet mehr Zeit für individuelle Förderung, Erziehung und Betreuung. Er verbessert die Bildungschancen gerade für Kinder und Jugendliche mit schwierigen sozialen Startbedingungen und erleichtert die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Die Bildungskonferenz hat sich sehr engagiert für den bedarfsgerechten Ausbau des Ganztags eingesetzt. Mit Erfolg – Nordrhein-Westfalen steht im bundesweiten Vergleich beim Ganztagsausbau sehr gut da und hat klare Erfolge vorzuweisen.

Erfolgreiche Bildungsbiografien zu gestalten ist das Anliegen vieler Menschen, Professionen und Organisationen. Es erfordert die Unterstützung von eigenverantwortlichen Schulen in Regionalen Bildungsnetzwerken.

Mit den Anfang 2016 neu erschienenen Bildungsgrundsätzen für Kinder von 0 bis 10 Jahren liegt nun ein gemeinsamer Leitfaden des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport und des Ministeriums für Schule und Weiterbildung vor, der pädagogische Kräfte im Elementar- und Primarbereich in ihrer täglichen Arbeit mit den Kindern unterstützen soll. Mit »Kein Abschluss ohne Anschluss« (KAoA) haben wir ein landesweit einheitliches Übergangssystem eingeführt, das seit dem Jahr 2012 schrittweise auf- und ausgebaut wird.

Entsprechend der Empfehlungen der Bildungskonferenz wurde die Arbeit von und für die Akteure in den Regionalen Bildungsnetzwerken intensiviert. Mit den Kommunalen Integrationszentren und den Servicestellen für KAoA sind die Vernetzungsstrukturen in der Region insgesamt gestärkt worden.

Die Landesregierung setzt einen deutlichen und spürbaren Schwerpunkt im Bildungsbereich – auch finanziell.

Seit Übernahme der Regierungsverantwortung im Jahr 2010 haben wir insgesamt rund 10.400 Stellen aus der sogenannten demografischen Rendite im Schulbereich belassen. Diese Ressourcen wurden im System Schule systematisch für pädagogische Innovationen und Qualitätsverbesserungen sowie notwendige Weiterentwicklungen eingesetzt.

Prioritär dabei waren die politischen Festlegungen, die durch den Schulkonsens getroffen worden sind. Weitere Mittel flossen und fließen in die Umsetzung der Inklusion. Auch dafür gab es einen gemeinsamen Antrag vom 1. Dezember 2010. Daneben wurden Ressourcen für den Ausbau des offenen und gebundenen Ganztags, die Unterstützung des Ausbildungskonsenses sowie zusätzliche Leitungszeit für die Schulleitungen eingesetzt.



Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungskonferenz 2016; Foto: Eva-Maria Franze



Übergabe der Empfehlungen der Bildungskonferenz 2011 im Plenum des Landtags Nordrhein-Westfalen; Foto: Alex Büttner

Aufgrund der verstärkten Zuwanderung sowohl im Rahmen der EU-Osterweiterung, als auch durch die Flüchtlingssituation, sind darüber hinaus in den Jahren 2015 und 2016 6.431 zusätzliche Stellen geschaffen worden. Davon sind 4.124 für den erhöhten Grundbedarf. Diese Stellen kommen allen Schülerinnen und Schülern zugute.

Die Gestaltung guter Bildung bleibt eine Zukunftsfrage die durch die Bildungskonferenz eine gute Wegstrecke mitgestaltet worden ist.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Bildungskonferenz hatten sich mit der Übergabe ihrer Empfehlungen zur Weiterentwicklung des Schul- und Bildungssystems an den Landtag und die Landesregierung gewünscht, in einen kontinuierlichen Dialog einzutreten. Im Jahresrhythmus haben wir uns im Ministerium für Schule und Weiterbildung in der großen Runde getroffen und über den Umsetzungsstand informiert. Dabei sind weitere Fragestellungen dazugekommen, aktuell das Thema Unterrichtsausfall. Auch hierzu sind von Mitgliedern der Bildungskonferenz Empfehlungen entwickelt und von der Landesregierung aufgenommen worden. Auch hier hat sich die Gesprächskultur der Bildungskonferenz wieder bewährt mit ihrer hohen Bereitschaft, einander zuzuhören und miteinander konstruktive Lösungen zu erarbeiten.

Die Bildungskonferenz unterstützt mit ihren Empfehlungen politische Entscheidungsprozesse. Durch die Beteiligung verschiedenster Akteure, die alle einen bedeutsamen Anteil an gelingenden Bildungsbiografien haben und die auch im Alltag gemeinsam gute Schule machen wollen, ist ein systematisches Beratungsgremium entstanden. Für meine Arbeit waren ihre Diskussionen und Empfehlungen immer von wegweisender Bedeutung – sowohl in ihrer inhaltlichen Tiefe, als auch in ihrer Überzeugungskraft. Und es ist den klaren, mehrheitlichen Voten der Bildungskonferenz zu verdanken, dass ihre Empfehlungen das Einvernehmen für die Finanzierung von Maßnahmen und die Akzeptanz der Umsetzung gestärkt haben. Das heißt natürlich nicht, dass nicht kontrovers diskutiert wurde und wird!

Ich bin beeindruckt und auch froh, dass diese Bildungskonferenz sich in den zurückliegenden Jahren als ein Format bewährt hat, in dem wir uns mit grundsätzlichen Bildungsfragen auseinandersetzen – uns vergewissern, wo wir stehen und wo wir hinwollen.

ZUM WEITERLESEN

Die Empfehlungen und die jährlichen Sitzungen der Bildungskonferenz sind im Bildungsportal dokumentiert:

url.nrw/Bildungskonferenz